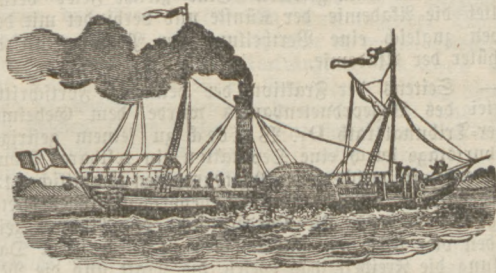


Danziger Dampfboot.

№ 178.

Sonnabend, den 2. August.

Das „Danziger Dampfboot“ erscheint täglich Nachmittags 5 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Abonnementspreis hier in der Expedition Portefeuillengasse No. 5, wie auswärts bei allen Königl. Postanstalten pro Quartal 1 Thlr. — Hiesige auch pro Monat 10 Sgr.



1862.

32ster Jahrgang.

Inserate, pro Petit-Spaltzeile 9 Pfg. werden bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Inserate nehmen für uns außerhalb an:

In Berlin: A. Reitemeyer's Centr.-Ztg.-u. Annonc.-Bür.
In Breslau: Louis Stangen.
In Leipzig: Heinrich Hübner und C. Mgen.
In Hamburg-Altona, Frankfurt a./M. Haanenstein & Vogler.

Telegraphische Depeschen.

Wien, Freitag, 1. August.

Das Unterhaus ist bis zum 15. September vertagt worden.

Belgrad, Freitag 1. August.

Nach einer Befehl Effendi zugegangenen telegraphischen Depesche sollen zwischen der Pforte und dem Fürsten von Montenegro Parlamentär-Verhandlungen stattfinden.

Turin, Freitag 1. August.

Oberst Acerbi, Generalintendant der Südbarmee, ist verhaftet worden.

Die „Monarchia nazionale“ dementirt das Gerücht von der Abreise Garibaldi's nach Messina; die letzten Berichte datiren aus Palermo. General Eugia, der neue Präsekt von Palermo, ist dahin abgereist. — Der portugiesische Gesandte wird am Sonntage vom Könige in feierlicher Audienz empfangen werden. — Der Berichterstatter der Parlamentskommission betreffs der neapolitanischen Eisenbahn und der Uebereinkunft mit Rothschild, hat den Bericht vorgelegt und schlägt einige wesentliche Modificationen vor.

London, 31. Juli.

In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Layard auf eine desfallsige Interpellation Caird's daß eine Uebereinkunft mit Frankreich bestehe, nach welcher die Einfuhr von englischem Salz übereinstimmend mit dem belgischen Tarif zu regeln sei.

London, Freitag, 1. August.

Nach mit dem „Kangaroo“ aus Newyork eingetroffenen Berichten vom 22. v. Mts. waren die Konföderirten bis fünf Meilen von Nashville vorgeückt. — Gerüchtlweise hieß es, daß die Franzosen Guaymas in der Provinz Sonora occupirt hätten.

Turin, 31. Juli.

In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verliest der Präsident ein Schreiben Bostogi's an den Minister der öffentlichen Arbeiten, worin dieser sich erbidet, eine Actien-Gesellschaft mit einem Kapital von 100 Millionen behufs Erbauung der neapolitanischen Eisenbahnen zu begründen, und sofort eine Kaution von 2 Millionen zu deponiren. Dies Projekt wird an einen Ausschuß verwiesen. (S. N.)

Die Landwehr. II.

Grade von den eifrigsten Anhängern des Landwehrsystems wird der Vorwurf erhoben, daß die Idee, welche der Errichtung derselben zu Grunde gelegen, eigentlich nie in vollem Umfange in die Wirklichkeit getreten, daß gleich nach den Befreiungskriegen das Bestreben erwacht, das stehende Heer immer mehr auf ihre Kosten zu heben, sie selbst entweder zurückzubringen oder sie diesem mehr und mehr homogen zu machen, und so ihre eigentliche Bedeutung zu zerstören. Nehmen wir nun selbst wirklich an, daß böser Wille, Mißtrauen und Vorliebe für ein starkes Friedensheer die Haupttriebfeder hiesfür gewesen, wie sie denn jedenfalls, wenn auch nur in untergeordneter Weise mit im Spiele gewesen, so waren doch selbst damals die frischen Erinnerungen an die großen Thaten und die innere militärische Vortrefflichkeit, die in den ersten Jahren nach dem Kriege die Landwehr wirklich auszeichnete und vielen von ihren Befehlshabern, die ihr damals angehört, noch heute vor Augen schwebt, nicht im Stande, sie vor den Folgen der Ungunst und einer nach und nach eintretenden Verkümmern zu schützen. Schon damals

stand ihr ein für jene Zeit grade unbegründetes Vorurtheil der Fachmilitärs entgegen; in ihrer heutigen Gestalt wird sie unter diesen kaum irgend einen Vertheidiger finden. Dennoch will man der Regierung auf jede Weise die Wiedereinführung, dieses in seiner jetzigen Form von ihr laut vor dem In- und Auslande als unhaltbar verkündeten Systems aufzwingen; eines Systems, das überhaupt nur gedeihen kann, wenn es von allen Seiten mit der hingebendsten Liebe gepflegt wird, an dessen Einführung man nur unter der aufregenden Wirkung eines allgemeinen patriotischen Eifers, wie ihn die Geschichte nicht zum zweitenmale aufzuweisen hat, denken konnte, das noch keine einzige Nation annähernd einzuführen gewagt hat. Wird man der Regierung, indem man sie durch Versagen der Mittel für als nothwendig erkannte Verbesserungen, zum Rückgehen auf den alten Zustand zwingt, nun auch die Liebe und das Vertrauen, was eben hier nicht zu entbehren ist, einflößen können? Welchen Händen will man denn die Durchführung von Maßregeln anvertrauen, die ja alle, von denen dabei die Rede sein kann, für mehr oder minder verwerflich halten. Im besten Falle wird man doch nur auf Selbstüberwindung rechnen können; den thätkräftigen Eifer, der allein aus einer freigebildeten Ueberzeugung entspringt, wird man vergebens suchen. In welche Lage wird endlich die Landwehr selbst gesetzt, deren Schwächen von oben herab proclamirt sind, und von der man auf der andern Seite die übertriebensten Erwartungen hegt, denen sie auf keiner Weise entsprechen kann; in welche schiefe Stellung wird vor allen das Offizierkorps derselben gerathen? So wird grade der Theil unsrer Wehrkraft, auf den das Abgeordnetenhaus den Hauptnachdruck legen will, in seiner Wirksamkeit gelähmt werden, damit das Ansehen derselben im Auslande und in Folge dessen auch das des Staates starke Einbuße erfahren. Fügt sich die Regierung wirklich den Wünschen der Kammer, und sucht ohne alle Hintergedanken die ihr aufgenöthigten Gedanken durchzuführen, so bleibt ihr nur ein Weg zu gehen, will sie nicht ihrer Pflicht, die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes aufrecht zu erhalten, ungetreu werden. Sie muß dann auf jede Weise die Kriegstüchtigkeit der heutigen Landwehr, die ja dann den Kern der mobilen Feldarmee bilden soll, zu erhöhen suchen; sie muß dann mit den Pflichten, die diese Verfassung den Mannschaften und Offizieren auflagt und die heute schon nicht leicht zu tragen sind, in einer ganz anderen Weise als bisher Ernst machen; die Landesvertretung wird dazu die Mittel nicht versagen dürfen, ohne die schwere Verantwortung auf sich zu laden, das Land wehrlos den Gefahren auszusetzen; im Lande aber, wo das drückende des bisherigen Systems schon lebhaft empfunden, würde die Unzufriedenheit, zumal wenn den so hart Belasteten gegenüber eine große Anzahl durch den Zufall vollkommen frei Bleibender fortbestände, aufs höchste gesteigert werden, voraussichtlich aber diesmal eine ganz andere Richtung gegen die, die der Abhilfe der Mißstände entgegenstanden, nehmen. Bei der letzten Mobilmachung erklärte die Kölner Handelskammer die bestehende Wehrverfassung als länger unvereinbar mit dem Wohlstande des Landes; allerdings war sie für die Rheinlande mit ihrem stark entwickelten industriellen Leben am drückendsten; jetzt weiß man noch nichts Besseres vorzuschlagen als Rückkehr zu derselben unter voraussichtlicher Steigerung der Lasten für die dadurch Betroffenen. Die so erstrebte Popularität wird von kurzer Dauer sein.

Landtag.

Herrenhaus.

Berlin, 1. August.

In der heutigen (16ten) Sitzung des Herrenhauses wurde die Gesetvorlage über Einführung von Stempelmarken beraten, und diese einstimmig angenommen. Die Vorlage über den Zollvertrag mit Hannover, wegen des Brunshäuser Zelles, wird ohne Diskussion angenommen. — Der Bericht über die Hauptverwaltung der Staatsschulden wird verlesen und Decharge erteilt. — Die Vorlage über Aufhebung der Schiffahrts-Abgaben auf der Mosel wird nach dem Beschlusse des Abgeordnetenhauses ohne Debatte genehmigt; eben so der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit der Türkei, mit China, Siam und Japan, demnächst auch der Vertrag mit Ostindien. Der Handelsvertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein folgt hierauf, und wird das Gesetz über die Verträge mit Frankreich einstimmig angenommen.

Haus der Abgeordneten.

31. Sitzung. Donnerstag, den 31. Juli.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten für 1862 und 1863. Ueber denselben ist bereits ausführlich berichtet.

Referent Abg. v. Kirchmann giebt einen kurzen Ueberblick der Anschauungen, welche die Commission bei ihrer Prüfung und ihren Beschlüssen geleitet haben, die den Etats-Ausschlüssen beipflichten.

Abg. Lechow bei dem Etat der Ostbahn: Er bedauere, daß keine Provinz (Sachsen) nicht durch eine an die Ostbahn sich anschließende Eisenbahn in den großen Eisenbahnverkehr mit hineingezogen werde. Die Provinz sei arm und könne das Kapital nur schwer beschaffen. Doch würde es möglich sein, eine Actiengesellschaft zu bilden, wenn nur die Regierung die Concession erteile, was sie bis jetzt nicht gethan. Er hoffe, die Regierung werde, von der Wichtigkeit der Bahn überzeugt, die Bestrebungen der Provinz unterstützen, um so mehr, da die Rentabilität der Ostbahn von dem Bau der Nebenbahnen abhängt.

Regierungs-Commissar: Die vom Redner beantragte Bahn sei eine derjenigen, die Aussicht auf Ausführung haben. Die Concession könne aber erst erteilt werden, wenn das Kapital vollkommen aufgebracht sei; es sei einmal Princip, keine vorläufigen Concessionen zu erteilen; sei das Kapital erst beisammen, so werde man der Gesellschaft alle Vergünstigungen zu Theil werden lassen, die andern erwiesen werden.

Abg. Häbler für den Bau der Zülz-Zisterburger Bahn, für die ebenfalls bereits alle Vorbereitungen getroffen und die Kapitalien gezeichnet seien: nach der Concession durch die Regierung werde man den Bau sogleich in Angriff nehmen können.

Regierungs-Commissar: Es sei sehr erfreulich, daß sich Privatgesellschaften für Eisenbahnen auch dort bildeten; man werde dieselben auf jede gesetzliche Weise begünstigen.

Abg. v. Forkenbed: Er wolle im Allgemeinen constatiren, daß die Klagen der Provinz Preußen über Zurücksetzung in Bezug auf Eisenbahnen ihm vollkommen begründet scheinen; die Bestrebungen der Provinzial-Landtage und Comités seien bis jetzt nicht von der Regierung unterstützt worden; deshalb fühle man sich zurückgesetzt; von den ausgesetzten Fonds sei der Provinz nichts zu Gute gekommen; den Aufwand für die Ostbahn könne man nicht hierher rechnen, da die Regierung diese Bahn aus vielen, nicht die Provinz betreuenden Rücksichten gebaut habe; er frage deshalb: in welcher Art die Regierung im nächsten Jahr mit Eisenbahnbauten in Preußen vorzugehen gedenke, und zweitens, wie sich die Kosten der Vorarbeiten auf die einzelnen Provinzen vertheilen würden. Das sei bisher nicht gleichmäßig geschehen; von 93,000 Thlr., welche in den letzten drei Jahren für solche Vorarbeiten ausgegeben, seien auf die Provinz Preußen etwa nur 3000 Thlr. verwendet worden, und das habe die Provinz Preußen, die 1806 und 1813 so viel gelitten und sich nur mit Mühe wieder gehoben, am wenigsten verdient, daß man sie so vernachlässige. (Bravo links.)

Regierungs-Commissar: Die Ostbahn sei zu einer Zeit in Angriff genommen, als man ihre Rentabilität noch nicht erwartete; der Erfolg sei insofern ein über-

